Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

RONALD REAGANS ERFOLGE UND MISSERFOLGE

Präsident Ronald Reagan hebt, wenn er auf sein erstes Regierungsjahr zurückblickt, sieben Erfolge besonders hervor. Er hat diese im Ringen mit dem Kongress erzielt, in dem sich jeder Präsident bewähren muss. Keiner seit Lyndon B. Johnson kann eine so grosse und wichtige Zahl von Siegen aufweisen. Reagan hat die Verwaltung auf ein neues Geleise gebracht; ob dieses in eine sonnige Zukunft führt, wie er verspricht, bleibt jedoch abzuwarten. Reagans Durchschlagskraft auf dem «Capitol Hill» überraschte so, dass Zeitungen ihm den Titel «King of Congress» verliehen.

«King of Congress»

Die sieben Siege Reagans beziehen sich in erster Linie auf Abstimmungen über die Budgets. Zweimal gelang es dem Präsidenten, Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses zu finden, der die noch von seinem Vorgänger ausgearbeiteten Budgets stutzte. Am Jahresende brachte er den Kongress dazu, die Ausgaben zu bewilligen, die im Rahmen, den er nach einigem Entgegenkommen erträglich erachtete, in den noch nicht bewilligten Einzelbudgets vorgesehen waren. Ohne wesentlichen Widerstand und ohne die in früheren Jahren üblichen Kürzungen wurde das Budget des Verteidigungsministeriums für das Finanzjahr 1982 angenommen, welches Ausgaben von zweihundert Milliarden Dollar vorsieht. Der Kongress erliess auch zum ersten Mal seit 1978 wieder ein Auslandhilfegesetz, während vorher die Ausgaben nur auf Grund einer Verlängerungsresolution auf der Basis längst vergangener Budgets bewilligt worden waren. Der rechte Flügel der Republikaner, der jeweils gegen die Auslandhilfe gestimmt hatte, schluckte die bittere Pille, nachdem nun ein konservativer Präsident sie ihnen mundgerecht macht.

Um den Kongress zu zwingen, die Ausgaben zu erlauben, obwohl die Mehrzahl der Einzelbudgets der Ministerien noch nicht verabschiedet ist, und die von der Regierung gesteckte Grenze nicht zu überschreiten, blokkierte Reagan einen ersten Beschluss der Legislative mit seinem Veto und legte die Staatsmaschinerie demonstrativ still, bis der Kongress in einem zweiten Entscheid den Kompromissvorschlag der Regierung eingebaut hatte.

Reagan rühmt sich ferner, dass der Kongress das grösste Steuerkürzungsprogramm aller Zeiten – 25 Prozent in drei Jahren – angenommen habe. Dieser Steuerabbau wird jedoch praktisch erst im kommenden Sommer wirklich spürbar. Er sollte nach der Auffassung der Regierung dann die Wirtschaft ankurbeln, die seit dem Herbst in eine tiefe Rezession abgesunken ist. Die Einkommensbasis des Bundesstaates wird durch die Steuererlasse reduziert. Ein hoher Prozentsatz der zur Verfügung stehenden Gelder bleibt für den Schuldendienst, die

Social Security (die amerikanische AHV-IV) und die Verteidigungsausgaben reserviert. An den Sozialaufwendungen können keine tiefen Abstriche mehr vorgenommen werden. Experten der Regierung sehen deshalb weitere riesige Budgetdefizite für die nächsten Jahre voraus. Reagan selber hat seinen Plan, bis 1984 das Budget auszugleichen, in den Bereich der Träume verwiesen.

Gestärkte Verteidigung

Als weiteren wichtigen Erfolg rechnet sich Reagan die Zustimmung des Kongresses zum Verkauf von fünf AWACS (Airborne Warning and Control System) sowie Zusatztanks und Aufhängevorrichtungen für Bomben für die früher schon angeschafften F-15-Kampfflugzeuge an Saudiarabien. Die Ausrüstung Saudiarabiens mit diesen modernen Kampfmitteln wurde nicht nur von der Israel-Lobby bekämpft, sondern auch von Kongressmitgliedern, die aufatmen, wenn sie daran denken, dass die dem Schah von Iran versprochenen AWACS nie abgeliefert wurden; sie befänden sich heute in den Händen Khomeinis.

Das Verteidigungsbudget verdeckt einige offenkundige Schwächen. Die von Carter nach langem Zögern beschlossene Konstruktion von 200 MX mobilen Interkontinentalmissilen, die sich auf «Rennbahnen» und in 4600 Unterständen einem möglichen sowjetischen Erstschlag hätten entziehen sollen, ist von Reagan umgestürzt worden. Nur 100 MX werden gebaut. Die ersten vierzig werden in bestehenden Silos aufgestellt, die zusätzlich «gehärtet» werden. Mit der Mobilität der Missile ist es damit zu Ende. Dafür werden 100 B-1-Bomber gebaut, welche jedoch nicht mit Überschallgeschwindigkeit fliegen und deshalb nur für beschränkte Zeit in den sowjetischen Luftraum eindringen könnten. Später würden sie als Träger von Cruise Missiles verwendet. Die Bewilligung des B-1, nachdem Carter 1977 auf einen solchen Bomber verzichtet hatte, dient vor allem zum Wiederaufbau der industriellen Infrastruktur für den Flugzeugbau, der später bei der Konstruktion des «Stealth»-Bombers nützlich sein könnte. Reagans und Verteidigungsminister Weinbergers Rüstungspläne werden von links wegen der Höhe der Ausgaben, von rechts wegen der Verteilung derselben angefochten.

Der Kongress hat so gut wie alles, was die Regierung forderte, bewilligt und damit der Vorstellung im Volk Rechnung getragen, dessen Mehrheit in den letzten Jahren zur Überzeugung gelangt ist, dass die Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion in Rückstand geraten könnten oder schon geraten sind. Seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan hat sich eine Ernüchterung breitgemacht, und diese wird durch die Unterdrückungspolitik in Polen verschärft. Die Empfehlung einzelner Intellektueller, die Vereinigten Staaten müssten sich damit abfinden, hinter der Sowjetunion die zweite Stelle einzunehmen oder sich in eine isolationistische Position zurückzuziehen, wird von der überwiegenden Volksmehrheit nicht akzeptiert.

Geschickte Schachzüge

Reagan könnte ferner zu seinen Gunsten verbuchen, dass der Kongress ein

neues Gesetz für die Subventionen an die Landwirtschaft verabschiedet hat. Der Präsident hat ein Wahlversprechen eingelöst, indem er zum ersten Mal eine Frau, Sandra Day O'Connor, zum Mitglied des Obersten Gerichtshofs ernannte. Die Entlassung der meineidig gewordenen streikenden Fluglotsen, die sich unpopulär gemacht hatten, erhielt nach Meinungsumfragen die Zustimmung der Volksmehrheit. Die Fluglotsen hatten sich verrechnet; sie versuchten, als Gegenleistung für ihre Unterstützung Reagans in der Präsidentenwahl, einen zu hohen Preis zu fordern. Weder die Pilotengewerkschaft noch die von dem Sozialisten Winpisinger geführten Mechaniker, versuchten, durch Solidaritätsaktionen den Luftverkehr lahmzulegen.

Wichtig erscheint schliesslich, was Reagan von der Behandlung im Kongress fernzuhalten vermochte, nämlich die sogenannten «social issues». Hinter diesem Begriff verbergen sich Forderungen nach Verbot des «Busing» von Schulkindern zu Integrationszwecken und des Schwangerschaftsabbruchs sowie nach Wiedereinführung des Gebets in den Schulen – alles Anliegen der Neuen Rechten, der Römisch-katholischen Kirche und einiger protestantischer Kirchen. In den erwähnten drei Fällen müssten Urteile des Obersten Gerichtshofs umgestürzt werden, was rechtswirksam durch Abänderungen der Verfassung vollbracht werden könnte, die schwer durchzubringen sind. Die öffentliche Debatte im Kongress würde einerseits die Behandlung weiterer Programme des Präsidenten blockieren, anderseits das Volk polarisieren. Immerhin sind im Budget 1982 zehn Millionen Dollar zwecks Einrichtung von Beratungsstellen für die Bewahrung der Keuschheit der Teenagers bewilligt worden.

Neuer Föderalismus

Reagan hat der Administration sein Konzept aufgestempelt; die Budgetkürzungen und der Steuerabbau bewirken, dass die Probleme ganz anders angefasst werden müssen als durch immer neues Zuschaufeln von Geld. Reagan möchte viele Sozialaufgaben den Gemeinden und den Staaten überbinden und auf diese Weise einen «Neuen Föderalismus» ins Leben rufen. Ob die Gemeinden und Staaten jedoch vom Bund genügend Mittel erhalten und selber weitere Gelder aufzutreiben vermögen, bleibt fraglich. Sie übernähmen gerne die Kompetenzen, scheuen aber vor den Verpflichtungen zurück. Reagan möchte die durch Sparmassnahmen in das System der Sozialfürsorge gerissenen Lücken durch freiwillige Leistungen der Bürger und der Gesellschaften füllen lassen. Dazu will er den in der amerikanischen Tradition verwurzelten «Voluntarismus» wieder beleben. Auch hinter diese Bemühungen ist vorläufig noch ein Fragezeichen zu setzen.

Die Steuerreform hat Erleichterungen für die Gesellschaften gebracht. Das Joch der unzähligen Reglemente, die von den verschiedenen Behörden erlassen werden – es sind zehntausende in jedem Jahr – will Reagan erleichtern. Er hat Vizepräsident Bush mit dieser Aufgabe betraut. Bush behauptet, 1981 seien so viele Reglemente entweder abgeschafft oder suspendiert worden, dass die Wirtschaftsunternehmungen zwei Milliarden Dollar an Betriebskosten und fünf Milliarden an Kapitalinvestitionen hätten sparen

können. Festzustellen ist ausserdem, dass die Zahl der Angestellten von Bund, Staaten und Gemeinden zurückgegangen ist. Es fehlt nicht an Anzeichen, dass die Umschaltung vom ständig sich weiter aufblähenden Wohlfahrtsstaat zu einem konservativen Sparhaushalt gelungen ist. Aber nach einem Jahr erscheint das Bild naturgemäss nicht abgeschlossen.

Fehlende Alternative

Die «Reagan Revolution» ist in Gang gesetzt. Ob jedoch die Ziele, die sie anstrebt, wirklich erreicht werden können und ob sie überhaupt wünschenswert sind, darüber scheiden sich die Geister. Den Demokraten ist es bisher nicht gelungen, eine Alternative zu Reagans Politik zu präsentieren. Meinungsumfragen zeigen, dass das Volk Reagan mit mehr Skepsis betrachtet, aber offenbar bereit ist, noch einige Monate, vielleicht ein Jahr, abzuwarten, was schliesslich herauskommen wird. Hätten die Demokraten ein Programm, dann wäre wohl eine negativere Einstellung zu Reagans Politik im Volk verbreitet. Den Demokraten ist es immerhin gelungen, in den Massenmedien die Formel durchzusetzen, dass Ronald Reagan die Reichen begünstige und den Armen Sozialleistungen entziehe. Als Reagan die Hand an die Social Security legen wollte, bereitete ihm der Kongress eine Niederlage.

Gewinnender Stil des Präsidenten

Reagan hat seine Siege im Kongress seinem persönlichen Stil, aber auch geschickter Arbeit seiner Mitarbeiter zu verdanken. Allen Diskussionen nimmt Reagan mit einem Scherz den Stachel. Nur einmal zeigte er sich erbost, als «Tip» O'Neill, der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, ihm vorwarf, er kenne keine armen Leute. Der Präsident antwortete darauf mit einem Hinweis auf seine schwierige Jugend. Andere Anwürfe nimmt er nicht so ernst. O'Neill erklärte, Reagan verstehe weniger von der Wirtschaft als alle seine Vorgänger der letzten Jahrzehnte. Reagan ist jedoch der einzige Präsident, der ein Collegestudium der Wirtschaftswissenschaft abgeschlossen hat. Er vergalt nicht Gleiches mit Gleichem, sondern lud O'Neill zu dessen 69. Geburtstag in das Weisse Haus ein. In der Tischrede versicherte der Präsident seinem Gast: «Wenn ich eine Eintrittskarte in den Himmel hätte und Sie nicht, dann würde ich gerne auf meine verzichten – und mit Ihnen in die Hölle fahren.»

Reagan sieht sich auch Angriffen vom konservativen Flügel der Republikaner ausgesetzt, einmal weil er angeblich zu wenig Persönlichkeiten aus diesem Kreis eingestellt habe, und ausserdem weil er in der Aussenpolitik von seinem Kurs abgewichen sei. Zauderern und Verzagten erzählte darauf Reagan die Geschichte von zwei Buben, einem Optimisten und einem Pessimisten. Der Pessimist wurde in ein Zimmer voll Spielsachen gebracht, der andere in einen Stall voll Rossmist. Nach einiger Zeit wurden die Türen aufgemacht. Der Pessimist schaute griesgrämig auf seine Spielzeuge und meinte: «Jemand wird sie mir doch wegnehmen.» Der Optimist dagegen spielte strahlend mit dem Rossmist und proklamierte: «Wo der Mist ist, muss auch ein Pferdchen sein.» In einer Pressekonferenz rief Reagan seinen Befragern zu: «Beurteilt uns nicht

nach unsern Fehlern, sondern danach, wie gut wir sie überwinden.»

Seine Scherze entgiften die Atmosphäre. Dass er aber auch hart sein kann, bewies Reagan bei der Entlassung der Luftlotsen. Er ist selbstsicher und scheut nicht vor Entscheidungen zurück. Aber er lässt oft seine Berater die Folgen seiner Schritte überdenken. Zahlen sind bei Reagan Glückssache. Während Jimmy Carter die unzähligen Posten in einem Siebenhundertmilliarden-Budget nachrechnete und alle Details im Kopf behielt, vergreift sich Reagan in Pressekonferenzen nicht selten, wenn er mit Zahlen aufwartet. Seine Fernsehansprachen sind dagegen weiterhin vorzüglich vorgetragen; die Ansprache vom 18. November 1981 mit den Abrüstungsvorschlägen gehört zum Besten, was man seit Jahrzehnten gehört hat. Mit Fernsehansprachen mobilisierte Reagan auch die Kräfte, die ihm zu seinen Erfolgen im Kongress verhalfen.

Reagan und seine Mitarbeiter verfehlen nicht, gute Beziehungen zum Kongress zu pflegen. Kein Telefonanruf bleibt unbeantwortet, selbst wenn das Kongressmitglied nur um Theaterkarten bittet. Carters Stabschef, Hamilton Jordan, hatte die Kontakte mit dem Kongress vernachlässigt, so dass ihn «Tip» O'Neill energisch zur Ordnung rufen musste und ihn nachher verärgert gegenüber Dritten «Hannibal Jerkin» nannte. Reagan flattiert den Kongressmitgliedern und verspricht ihnen im Rahmen des Möglichen Vergünstigungen, wenn es darum geht, Stimmen zu gewinnen. Er hat die Republikaner zusammengehalten und Zulauf von den Demokraten erhalten, die im Repräsentantenhaus über die Mehrheit verfügen. O'Neill hätte diesen «Blutverlust» aufhalten sollen, musste aber Niederlage nach Niederlage einstecken. Er ist bitter darüber, weil er an Prestige eingebüsst hat, ja selbst vereinzelte Rufe nach seiner Ersetzung laut wurden.

Neue Initiativen

In seiner State-of-the-Union-Botschaft vom 26. Januar hat Reagan angezeigt, dass er weiterhin die Traktanden der Nation beherrschen will. Er legte in grossen Zügen ein Programm dar, das den «Neuen Föderalismus» ganz wesentlich verstärken soll, indem wichtige Sozialprogramme vom Bund auf die Staaten und Gemeinden übertragen werden. Die ganze Krankenhilfe für Bedürftige (Medicaid), deren Kosten bisher vom Bund und den Staaten geteilt worden sind, wird vom Bund übernommen. Dagegen anvertraut dieser den Staaten und Gemeinden die Unterstützung für arme Familien mit abhängigen Kindern (AFDC) sowie die Nahrungsmittelzulage (Food Stamps). Dieser «Tausch» soll auf das am 1. Oktober 1983 beginnende Finanzjahr 1984 in Kraft treten.

Den Staaten und Gemeinden will der Präsident ferner über vierzig weitere Programme überlassen, die bisher vom Bund durchgeführt worden sind. Sie reichen vom Schulwesen bis zum Unterhalt der Strassen und zur Kehrichtabfuhr. Der Bund würde auf die Erhebung von Umsatzsteuern verzichten und diese zusammen mit den Übergewinnsteuern auf der Erdölproduktion den Staaten und Gemeinden zur Deckung ihrer neuen Kosten ausliefern. Diese Umlagerung würde in zwei Etappen von je vier Jahren vollzogen.

Der Bundeshaushalt würde durch die beiden Projekte – «Tausch» von Medicaid gegen AFDC und Übertragung von vierzig oder mehr Programmen an Staaten und Gemeinden – um insgesamt 47 Milliarden Dollar entlastet.

Reagan hat sich in seiner zügigen Ansprache vor dem versammelten Kongress wiederum für die Schaffung von Entwicklungszonen in den zerfallenden Stadtkernen der Grossstädte eingesetzt, wo kleinen und grossen Unternehmungen Steuererleichterungen gewährt werden sollen, damit sie aus den Vororten zurückkehren. In der Industriestadt Detroit ist seit 1928 keine Automobilfabrik mehr gebaut worden; fast alle der alten Fabriken sind heute geschlossen.

Reagan hält an seinem Prinzip fest, dass keine neuen Steuern erhoben werden sollen. Er nimmt das Risiko in Kauf, dass das laufende Finanzjahr und die kommenden Jahre mit gewaltigen Haushaltdefiziten abschliessen werden. Er möchte diese mit neuen Einsparungen reduzieren; aber die möglichen Abstriche halten sich in relativ engen Grenzen. Der Präsident strahlt jedoch weiterhin Optimismus aus. Er hebt hervor, dass das Zinsniveau in einem Jahr von 21,5 Prozent auf 15,75 Prozent, die Inflation von 12,4 Prozent auf 8,9 Prozent gesunken sind. Dagegen ist die Arbeitslosenzahl gestiegen. Die Demokraten haken an diesem Punkt ein und werfen Reagan vor, er lasse die Zunahme der Arbeitslosen zu. Er schaffe eine Zweiklassengesellschaft, in der die Reichen reicher, die Armen ärmer würden. Doch ein Alternativprogramm der Demokraten zu demjenigen Reagans lässt immer noch auf sich warten. Im Kongress, der über Reagans Projekte entscheiden wird, wird es jedenfalls zu harten Auseinandersetzungen kommen. 1982 ist ein Wahljahr, in welchem im November das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats sich den Wählern stellen müssen. Reagan gibt zu, dass sich das Land in einer Rezession befindet, und diese wird den republikanischen Kandidaten abträglich sein. Aber der Präsident hofft, dass die Rezession bis zum Sommer überwunden sein werde.

Aussenpolitischer Neubeginn?

Reagan hat den Amerikanern «A New Beginning», wie es im Parteiprogramm der Republikaner heisst, vor allem auch in der Aussenpolitik versprochen. Er verlieh im ersten Jahr bewusst der Innenpolitik den Vorrang; denn er wollte sein Programm des Steuerabbaus, der Ausgabenkürzungen und der Steigerung des Verteidigungsbudgets nicht stören lassen. Eine Ausnahme bildete der AWACS-Handel mit Saudiarabien, welcher der Zustimmung des Kongresses bedurfte. Allen Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg haben die Massenmedien vorgeworfen, sie beschäftigten sich zu viel mit Aussenpolitik, weil sie dort nicht allzu oft Widerstände im Kongress zu überwinden haben. Reagan dagegen halten nun die gleichen Leute vor, er habe sich zu wenig mit der Aussenpolitik befasst. Er hat sich geweigert, dem Wunsche bekannter Kolumnisten nachzugeben und in einer Rede eine Wäscheliste seiner aussenpolitischen Pläne vorzulegen, worauf dann jeder einzelne Punkt abgehakt werden könnte und dem Publikum vorgetragen würde, was noch nicht erfolgreich erledigt worden ist.

Tatsächlich weist Reagans Aussenpolitik bedenkliche Schwankungen auf. Diese sind zum Teil durch Gegensätze grundsätzlicher Art zwischen dem Staatsdepartement, der Botschafterin bei den Vereinten Nationen, dem Verteidigungsministerium und dem Nationalen Sicherheitsrat zu erklären. Die Vielstimmigkeit ist im amerikanischen System gar nicht ungewöhnlich. Der Präsident allein kann den Chor zum Schweigen bringen oder ihn dirigieren, damit die Misstöne nicht überhand nehmen. Staatssekretär Haig hatte diese Dirigentenrolle übernehmen wollen. Er war mehrmals vorgeprellt, aber vom Weissen Haus jeweils zurückgepfiffen worden. Haig ist nicht ein persönlicher Freund Reagans, wie die wichtigsten Berater des Präsidenten und jetzt auch der neue Sicherheitsberater, William Clark.

Angriffe von rechts

Haigs ungeduldig zur Schau getragener Ehrgeiz und seine Wutausbrüche passen nicht zum «laid-back» Stil der Kalifornier und ihrem «mellow speech». Die Rückschläge, die Haig in internen Auseinandersetzungen erlitten hat, hätten bei einer andern Persönlichkeit zum Rücktritt geführt. Jetzt stützt sich Haig in vermehrtem Mass auf den Beamtenstab des Staatsdepartements, der ein wenig abschätzig «the permanent government» genannt wird. Das sind durchaus fähige Diplomaten. Rechtsrepublikaner befürchten jedoch, sie gingen darauf aus, Konfrontationen zu vermeiden und, wenn Verhandlungen geführt werden, so bald wie möglich Ergebnisse heimzubringen. Die Schwächen der amerikanischen Verhandlungstechnik hat Fred C. Iklé, jetzt Under Secretary of Defense for Policy, also dritthöchster Mann im Verteidigungsministerium, in seinem kürzlich neu aufgelegten Buch «How Nations Negotiate» (Institute for the Study of Diplomacy, Georgetown University, Washington, D.C. 1981) dargestellt.

Reagans Aussenpolitik wird von rechts her scharfer Kritik unterzogen. Der Präsident sowie sein Staatssekretär hatten in den ersten Monaten gegen die Gewaltregime in Kuba, Nicaragua, der Sowjetunion gewettert und gegen die Umtriebe der lateinamerikanischen Kommunisten Gegenmassnahmen angedroht. Dann hat Assistenzsekretär Enders in Managua mit den Machthabern Gespräche geführt, und Haig hat sich auf eine Auseinandersetzung mit dem nicaraguanischen Aussenminister D'Escoto eingelassen, einem Priester, der trotz der Weisung des Vatikans nicht auf das Politisieren verzichtet. Haig nahm ferner mit hohen Kubanern in Mexiko direkt und durch einen Abgesandten in Havana Fühlung. Dem Papier über Waffenlieferungen an die Guerilleros in El Salvador wurde nicht durch weitere Publikationen Nachdruck verliehen. Der gleiche Mangel ist auch bei den Anschuldigungen gegen die Sowjetunion zu verzeichnen, dass sie in Jemen, Afghanistan und Laos völkerrechtswidrig biologische oder chemische Kriegsmittel eingesetzt habe. In Jemen erfolgte die Verwendung dieser Waffen während und zur Unterstützung der ägyptischen Intervention, so dass in Kairo darüber bestimmt nähere Angaben aufzutreiben wären, selbst wenn der ehemalige Luftwaffengeneral Hosni Mubarak keine Indiskretionen zulassen wollte. Die von

den Sowjets betriebene systematische «Disinformation» wurde zwar in einem weiteren Papier des Staatsdepartements tiefer gehängt, aber bei dieser wenig durchschlagskräftigen Manifestation blieb es.

Die UNO-Botschafterin, Jeane Kirkpatrick, hat sich darüber aufgehalten, dass der Fall Polen nicht vor den Sicherheitsrat gebracht worden ist, wo die Sowjets unter Anklage gestellt worden wären, bevor sie einen Beschluss mit ihrem Veto verhindert hätten. Reagan hat weder das Getreideembargo gegen die Sowjetunion erneuert, noch Polen als zahlungsunfähig erklärt, was die Beschlagnahme polnischer Vermögenswerte durch Gläubiger ermöglicht hätte. In der NATO wurde bis zur Ausrufung des Kriegsrechts in Warschau allein über Sanktionen bei einer sowjetischen Intervention in Polen debattiert, während Jaruzelski alle Machtmittel in seiner Hand konzentriert hatte, um den Widerstand von Solidarnosc zu brechen. Er ist der erste General im sowjetischen Herrschaftsbereich, der nicht nur zum Regierungschef, sondern auch zum Generalsekretär der Kommunistenpartei ernannt worden ist.

Die Regierung hat Verstimmungen sowohl in Taiwan wie im kommunistischen China hervorgerufen mit ihren Waffenlieferungen an Tschiang Tsching-kuo, welche diesen nicht befriedigten, aber Deng Xiaoping verärgerten. Israel beklagt sich über die amerikanische Politik; Begin hat den amerikanischen Botschafter abgekanzelt, wie sich das eine grössere Macht nicht erlauben würde. Kronprinz Fahds Friedensplan blieb eine Totgeburt, obwohl Reagan und Haig ihn vorübergehend zu begrüssen schienen. Gegen Libyen traten die Vereinigten Staaten energisch auf, um die Grosse Syrte nicht im Widerspruch zum Seerecht Territorialgewässer eines Anrainerstaates werden zu lassen. Gegen die Seeräuber von Tripolis hatte schon Präsident Jefferson See- und Landstreitkräfte ausgeschickt, weshalb das Lied der Marinesoldaten mit den Worten beginnt: «From the shores of Tripoli to the Halls of Montezuma . . .» Von den libyschen Mordkommandos war nach einem kurzen Wirbel nicht mehr die Rede.

Multilateralismus oder «global unilateralism»

Regierungssprecher, darunter Eugene Rostow, der Leiter des Rüstungskontroll- und Abrüstungsamtes fordern die Öffentlichkeit auf, Geduld zu zeigen. Geduld ist jedoch selten die Stärke der Amerikaner. Norman Podhoretz, Chefredaktor der einflussreichen Zeitschrift «Commentary», interpretiert den Aufruf zur Geduld als Schwächezeichen. Er meint, die Aussenpolitik der Détente werde hinter dem Deckmantel einer aggressiven Rhetorik weitergeführt. Er fürchtet, dass die Europäer ihre Kapitulation vor der sowjetischen Militärmacht vorbereiten. Während das Staatsdepartement am Multilateralismus festhält, breitet sich im Verteidigungsministerium eine Tendenz aus, die als «global unilateralism» umschrieben wird. Das wäre kein Isolationismus, sondern ein Alleingang, falls die Alliierten nicht zu folgen bereit wären.

Die Verweigerung der Landerechte für amerikanische Flugzeuge während des Jom-Kippur-Kriegs 1973, die Äquidistanz der von Willy Brandt,

Kreisky und Carlsson geführten Sozialistischen Internationale zwischen den Grossmächten, die Helmut Schmidt mit seiner Dolmetscherrolle zwischen Breschnew und Reagan in gemilderter Form übernommen hat, die Abkoppelung aussereuropäischer Konflikte von der Détente und schliesslich die von den Europäern geförderte Lockerung des «Linkage» zwischen Abrüstungsverhandlungen und sowjetischer Unterdrückung in Nachbarstaaten, zeitigen in den Vereinigten Staaten eine immer spürbarere Wirkung, wenn auch manchmal mit einer Verzögerung von Monaten oder sogar von zwei bis drei Jahren. Reagans letztes Wort dazu ist noch nicht gesprochen.

Reagans persönliche Auftritte auf dem internationalen Parkett sind bisher nicht schlecht verlaufen. An den Konferenzen in Ottawa und in Cancún hat der Präsident, wie die «Chicago Sun-Times» meint, den andern Staats- und Regierungschefs, ohne sie zu verärgern, so gut wie nichts gegeben. In seinem Abrüstungsvorschlag vom 18. November, der in Europa am Fernsehen gezeigt wurde, hat sich «The great Communicator», wie er hier genannt wird, bewährt. Sein Charme entwaffnet die Kritiker. Ob auch der arg strapazierte Begriff Charisma auf Reagan passen würde, hängt vom Urteil darüber ab, ob man seine Politik als schöpferisch betrachtet oder nicht. Als kriegslüsterner Cowboy, als den ihn deutsche Magazine darstellen, erscheint Reagan wohl nur relativ wenigen Amerikanern. In seinem zweiten Amtsjahr wird sich der Präsident wahrscheinlich mehr als bisher mit der Aussenpolitik beschäftigen und klare Entscheidungen treffen müssen. Reagan ruft dem Volk zu – ähnlich wie John Paul Jones im ersten erfolgreichen Seegefecht der Republik: «Together, we have made a new beginning, but we have only begun.» Die Zukunft wird Erfolg oder Misserfolg bringen.

Hans E. Tütsch

WER IST KANADIER?

Kanada hat, wie es sich für jeden Staat – und noch dazu den zweitgrössten Staat der Erde – gehört, einen Hymnus und eine Flagge. Doch sind es keine 20 Jahre her, dass der Staat sich diese Symbole des nationalen Selbstgefühls zugelegt hat. Kanada hat keine Verfassung, die Bürgerrechte garantiert, wie der Nachbar USA, sondern immer noch das Statut, das ihm das Parlament gegeben hat – und zwar nicht das kanadische, wie man meinen könnte, sondern das englische. Premierminister Pierre Eliott Trudeau will die kanadische Verfassung «heimführen», «patriieren».

Trotz der Opposition Quebecs hat dieser Prozess jetzt mit einer Abstimmung des britischen Parlaments begonnen.

Kanada reicht von Montreal im Osten bis Vancouver im Westen. Die Distanz Montreal–Vancouver ist fast so gross wie die Distanz Montreal–Paris. Ob das mitspielt, wenn «Paris» sich so engagiert für einen «sou-

veränen Staat Quebec» einsetzt? Auch über diese partisanische Haltung Frankreichs, die auf General de Gaulles Quebec-Reise vom Juli 1967 zurückgeht, ist zu berichten.

Zwei Nationen

Besteht Kanada aus «zwei Nationen», einer englisch-schottischen und einer französischen, oder besteht es aus zehn Einzelstaaten und zwei Territorien, oder woraus sonst? Eindrücke aus der grössten Stadt Montreal, aus der wachsenden Industriestadt Toronto, deren Bevölkerung so bunt gemischt ist wie jene von New York und Chicago, aus der kleinen Hauptstadt Ottawa – ich kenne vom Augenschein her nur diese Zentren im Osten, in der Nähe «Amerikas», das heisst der Vereinigten Staaten, aber damit auch die Zone, in der die grosse Mehrheit der Einwohner des wenig besiedelten Riesenlandes lebt – bilden nur den Hintergrund für einige Überlegungen, die sich ebenso sehr aus Spiegelungen im französischen und amerikanischen Reflex ergaben wie aus Eindrücken am Ort.

Meine zwei Begegnungen mit Pierre Trudeau liegen mehr als zwanzig Jahre auseinander. Ich hatte die Teilnahme an einem Kolloquium in Chicago benützt, um einen Zwischenhalt in Montreal einzulegen und einen Schweizer Freund wiederzusehen, der für das Aluminium-Unternehmen Alcoa tätig war. Ausser ihm kannte ich in Kanada niemanden, doch in Paris hatten Freunde der linkskatholischen Gruppe um *Esprit* mir den Namen eines Professors aufgeschrieben, den ich in der McGill-Universität von Montreal treffen würde. Ihn suchte ich dort auf, und es war, bis auf jenen Freund, bei diesem Zwischenaufenthalt meine einzige Begegnung. Wir sprachen etwa zwei Stunden lang, und ich erfuhr viel über die beiden Kulturen Kanadas, die der Sohn eines Franko-Kanadiers und einer zur Hälfte schottischen Mutter so konfliktlos in seiner Person vereinte.

Als einige Jahre später von einem Justizminister, dann einem Premierminister Trudeau die Rede war, dachte ich: Der Name ist offenbar häufig, denn ich kenne einen Professor, der genau so heisst. Erst allmählich ging mir auf, dass es sich um den nämlichen handelte.

Als ich 1980 nach Ottawa kam – es waren Goethe-Institute, denen ich diese neue Begegnung zu danken hatte – war Trudeau, der zehn Jahre regiert hatte, gestürzt und noch nicht triumphal wiedergewählt; er hatte die Zeit der sogenannten «Trudeaumania», der hemmungslosen Trudeau-Verherrlichung, wie die Zeit der Abwendung, die bis zur «Trudeauphobia» ging, hinter sich; er hatte erklärt, er wolle auf keinen Fall an der Spitze der liberalen Partei bleiben; es war der Oppositionsführer, der mich in seinem Arbeitsraum im Parlament empfing.

Er erinnerte sich wahrhaftig an unser lang zurückliegendes Gespräch – vielleicht, weil es damals auch um den seither verstorbenen französischen christlichen Gewerkschafter Paul Vignaux ging, der ihm viel bedeutet hat. Als ich ihn auf andere Pariser Freunde ansprach, wurde Trudeau ungehalten. «Von denen will ich nichts mehr hören. Ihnen kann kein Quebeker separatistisch genug sein. Sie

tun alles, um uns aufzuhetzen und die Einheit Kanadas zu zerstören. Die bin ich jetzt gründlich satt.»

Trudeau war sicher, dass der junge Konservative Clark politisch zunächst abgewirtschaftet hatte; seine Voraussage des Ergebnisses der kommenden Wahlen hat sich dann bestätigt.

Er glaubte immer noch an sein Ideal des zweisprachigen Kanadas – nicht Zweisprachigkeit jedes Kanadiers, sondern bestimmter Behörden – und sah keine Zukunft für einen souveränen Staat Quebec. Dem würden ohnehin in Frankreich viel mehr Chancen gegeben als am Ort. Die zornige Enttäuschung der französischen Presse rechts, Mitte und links, als im Mai 1980 im Plebiszit der Vorschlag der Provinzregierung des «Parti Quebecois» massiv abgelehnt wurde – 60 gegen 40 Prozent – hatte etwas Komisches. Das durften die Quebeker Frankreich nicht antun! Von Trudeaus «Charisma» wurde, als er Oppositionsführer war, nicht mehr gesprochen. Jetzt hat er als Premierminister etwas Fragendes, Bescheidenes, verglichen zu früher, und sollte, wenn es in der Politik gerecht zuginge, eher mehr Sympathie empfangen als in den zehn Jahren seiner allzu deutlich, fast arrogant zur Schau getragenen geistigen Überlegenheit.

Pierre Trudeau ist nach Wilfried Laurier der zweite Französischkanadier, der so lange an der Spitze der nationalen Regierung steht – immerhin haben Französischkanadier gut ein Drittel der Zeit seit der Unabhängigkeit das Land regiert, an die 36 Jahre. Dabei wurde die Struktur des Landes durch den Sieg englischer über französische Truppen bestimmt und nicht wie die Urschweiz in einer brüderlichen Zusammenkunft mit anschliessendem Schwur gegründet.

de Gaulle gegen Trudeau

Aus der französischsprechenden Minderheit hat Trudeau sich immer mehr Persönlichkeiten für Schlüsselministerien geholt. General de Gaulle empfand seinerzeit nicht die geringste Freude darüber, dass ein Amerikafranzose das grosse Land regierte und noch dazu einer, der mit seiner eigenwilligen Aussenpolitik – er nahm an keinen Sanktionen gegen Kuba teil – den «Yankees» in Washington einigen Ärger bereitete. Das war dem Gaullismus verwandt. Dennoch schrieb de Gaulle an den Rand eines Telegramms des französischen Botschafters in Ottawa: «Wir haben Herrn Trudeau in nichts entgegenzukommen und auch ihm keinerlei Liebenswürdigkeit zu erweisen; er ist ein Feind der französischen Sache in Kanada.»

Der General hatte jene Entscheidungsschlacht 1760, in welcher übrigens die Heerführer beider Parteien umkamen, nicht verziehen. Mit seinem Ruf «Es lebe das freie Quebec» hatte er die Souveränität Kanadas angefochten, er reiste dann auch nicht mehr von Quebec in die Hauptstadt Ottawa. Ihm galt Montreal als die zweitgrösste französische Stadt, also irgendwo zwischen Paris und Lyon, als sei Quebec immer noch «Neu-Frankreich», wie es einst hiess, und als habe der Präsident weder die Wolkenkratzer noch alle Zeugnisse amerikanischen Standards und Lebensstils wahrgenommen, derentwegen Quebec eben nicht eine Replik, ein Anhängsel Frankreichs ist, sondern teils Rest-

bestand eines älteren Frankreichs und grösserenteils ein Stück Amerika, wenngleich ein sehr besonderes.

Als der Sozialist Michel Rocard seine kurzlebige Kandidatur auf die Präsidentschaft der Fünften Republik anmeldete, die er bald zugunsten des Parteichefs Mitterrand zurückziehen musste, unterliess er nicht, sich als der Staatsmann, als der es sich fühlte, in das Plebiszit von Quebec einzumischen und auf den Spuren des Generals zu erklären, auch er sei für ein souveränes Quebec.

Ich habe einige Zeit gebraucht, um die Sache von hüben und drüben zu betrachten und zu merken, dass der lebhaften, ja aufgeregt drängenden französischen Sympathie für Quebec, jenes «transatlantische Frankreich» keine besondere Gegenliebe entsprach, auch nicht bei den sezessionswilligen «Pequisten» (P. Q.: Parti quebecois) – nicht einmal auf der menschlichen Ebene. Ein Mädchen aus Frankreich, das in Montreal in die Schule ging – so wurde mir erzählt –, kam weinend nach Hause, weil es «verfluchte Französin» geschimpft wurde.

In zwei Weltkriegen galt es Frankreich zu retten, und Kanada führte die Wehrpflicht ein. Im Ersten Weltkrieg scheiterte sie in Quebec; es kam gegen sie zu blutig niedergeworfenen Aufständen. Auch im Zweiten Weltkrieg war nur Englischkanada wirklich dabei. Die Weigerung der Französischkanadier, sich für Frankreich einzusetzen, das «sein» Kanada – «diese paar Morgen Schnee» nannte es Ludwig XV. – im Stich gelassen hatte, war massiv bis zur Zerreissprobe der Föderation, wird aber eigenartigerweise in französischen Schriften über Quebec kaum erwähnt.

Eine neue Literatur

Die Franzosen haben sich allerdings sehr aktiv für eine seit etwa zwanzig Jahren aufblühende kanadische Literatur französischer Sprache eingesetzt und drei Schriftstellern – übrigens sind es drei Frauen – Literaturpreise verliehen, zuletzt den Goncourt einer folkloristisch wackeren Autorin aus «Acadien» namens Antonine Maillet. Eine Ehrung, die in diesem Fall – anders als in beiden vorhergehenden – nicht rein literarischen Kriterien entsprach, sondern einer Kulturpolitik.

Acadien – was ist das? Es mag einmal paradiesisch «Arcadien» geheissen haben – das ist nicht die einzige Theorie und meinte französische Siedler in Neu-Brunschwig und anderen Küstenstaaten bis weit nach Norden. Verballhornt findet sich heute der Name in der Umgebung von New Orleans, wo die «cayouns», wie sie dort heissen, eine Art Französisch sprechen. Wie kamen sie dahin? Nach 1750 wurden Acadier massenweise enteignet und deportiert. «Le grand dérangement», «Die grosse Störung» wurde das von ihnen genannt und blieb bis heute dem Gedächtnis eingebrannt. Viele Zwangsauswanderer kamen entweder die Küste entlang in den Süden, andere über Frankreich in jenes Louisiana, das damals noch spanisch war und das Napoleon den Amerikanern verkauft hat.

Kein Louisiana werden!

Heute ist das Vorhandensein einer französischsprechenden Bevölkerung ein Reiz, mit dem sich der Staat Louisiana brüstet, der Lehrer aus Frank-

reich kommen lässt, und sich – übertrieben – auf den Autoschildern als der «zweisprachige Staat» bezeichnet. Das sind Reste der Diaspora der Französischkanadier. Von ihnen ist in jener Zeit eine Million in die USA eingewandert, weil sie es unter dem Druck der Engländer nicht aushielten. Doch viele Acadier kehrten später in die Heimat zurück.

Hatte nicht schon der erste Gouverneur Durham erklärt, es werde das grosse Glück, ja die einzige Hoffnung dieser Franzosen sein, sich den englischen Freiheiten anzupassen und ihre lästige Besonderheit abzulegen? Für die Quebeker französischer Sprache – 80 Prozent der Bevölkerung – ist «Louisiana» das Wort, das alles enthält, wovor ihnen graut; soziales Absinken zu einem Restbestand, der dann als folkloristisch reizvoll im Namen des Tourismus gepflegt wird. Es bedeutet das Ende jeder eigenen Kultur, jeder Selbstgestaltung.

Kann aber Quebec mit 5 Millionen gegen 15 Millionen Britisch-Kanadier nebst den Immigranten aus der Ukraine, Italien usw., die sich auch in Montreal der nützlicheren englischen Sprache anpassen, durch die sie zu besseren Stellungen gelangen, und neben 120 Millionen USA-Amerikanern auf die Dauer behaupten? Es ist Sprachinsel im angelsächsischen Meer. Der Verlust der französischen Macht, die Dauer der Präsenz – beide sind nicht militärisch, nicht wirtschaftlich entschieden worden, sondern demographisch.

Die Wiegenschlacht

Die Franzosen dürfen sich rühmen, sie seien um dreihundert Jahre ältere Kanadier als die Briten. Nur verhielt es sich so, dass schon im 17. Jahrhundert nichts nachkam. Die einzige grössere Einwanderung, die möglich war, die der vertriebenen Hugenotten, konnte nicht stattfinden, weil Kanada noch französisches Gebiet war und nicht Asyl. Die Engländer bevölkerten jenes «Urkanada» im Osten zwischen den grossen Seen und dem Atlantischen Ozean. Die Franzosen kamen nicht mehr. Dadurch war der Ausgang entschieden und nicht durch eine Schlacht. Im Gegenteil, nur durch überlegene militärische Organisation hatte sich die französische Minderheit so lange gegen die britische Mehrheit behaupten können.

Besiegt, unterdrückt, gedemütigt waren also diese Trapper und Bauern – aber sie vermehrten sich. Dieses schnelle unerwartete Bevölkerungswachstum – die «Schlacht der Wiegen» – mag viele Gründe haben. Es fällt in die Zeit, in der Frankreich seine Verwalter zurückgezogen hatte und als einzige Autorität die katholische Kirche blieb, die noch bis nach 1945 Quebec dominierte. Quebec verschwand nicht, assimilierte sich nicht, sondern beharrte, wuchs und schuf mit Montreal die einzige Grossstadt Kanadas, der auch heute Toronto noch nicht den Rang ablaufen konnte.

Doch man hält den Fortschritt nicht auf. Jenes Kanada symbolisierte ein Roman eines gebürtigen Franzosen Louis Hémon, der als früher Dreissiger starb, und dessen Bauernroman «Marie Chapdelaine» alle spätere französische Literatur Kanadas an Popularität übertrifft, zum Sinnbild wurde. Es ist ein Roman nicht des Unternehmens, sondern des Duldens, der Ausdauer, des Beharrungsver-

mögens, der allen Wechselfällen und Schicksalsschlägen trotzenden Tradition.

Die moderne kanadische Literatur ist anders, sie liebt Sprachspiele, hat oft grossstädtischen Horizont, entspricht einer Gesellschaft, in der sich überraschend viele junge Frauen sterilisieren lassen und die Geburtenrate stark abgesunken ist. Zugleich hat Quebec jetzt mehr jugendliche Arbeitslose als jede andere Provinz. Bei ihnen erhält der Quebecpatriotismus desperat fanatische Züge und droht auch ohne Separation die Investoren abzuschrecken und die Lage, die zu diesem Protest führt, noch zu verschlimmern. Denn hier sind revolutionäre Züge, die sich nicht aufs Nationale beschränken, sondern eine Identität mit der «Dritten Welt» herstellen wollen. «Wir weisse Neger» heisst ein berühmt gewordenes Pamphlet.

Dass die Englischsprechenden die Oberschicht sind, kann jeder Besucher feststellen. Sie wohnen in Montreal am Ostufer, die Franzosen am Westufer des Lorenzstromes, und der Gegensatz zwischen den Quartieren ist unverkennbar. Ich selber habe in Montreal allerdings eine Toleranz erlebt, die mich verwundert hat. Ich begann meinen Vortrag französisch. Da stand ein junger Mann auf und sagte: «Ich verstehe kein Wort.» Meine Frage: «Soll ich wegen diesem einen Herrn jetzt Englisch sprechen?» wurde entgegen meiner Erwartung mit Ja beantwortet, und so musste ich im Herzen des Quebec, wo kraft Gesetz allein Französisch als Amtssprache gilt, wo bei den Bushaltestellen unter «Arrêt» das englische «Stop» übertüncht wurde, englisch reden. Es dürfte Milieus geben, in denen es in solchen Fällen weniger höflich zugeht. Tatsache ist, dass in Quebec sich kein Städter leisten darf, nicht Englisch zu können, während es offenbar immer noch möglich ist, nicht Französisch zu verstehen. Wenn es sich schon in Montreal so verhält, dann kann man sich vorstellen, was Pierre Trudeaus Traum vom zweisprachigen Kanada in Manitoba, Alberta oder Britisch-Kolumbien bedeutet – schiere Unzumutbarkeit.

Zwei Einsamkeiten

Das Erwachen eines nationalen Bewusstseins – ob verschüttet, ob neu – pflegt mit Literatur verbunden zu sein. Das gilt auch für Quebec. Montreal ist eine Stadt der Dichter, der Chansonniers, des Kabaretts, mehr vital humoristisch als verkrampft grimmig, wie es manche politische Prosa ist; das belebt auch Zeitschriften. Wenn ich an das Bekanntwerden dieser Literatur denke, als dessen bester Autor Marie-Claire Blais gilt, kommen mir zwei Namen in den Sinn, die nicht quebecanisch sind: Edmund Wilson, Naim Kattan.

Edmund Wilson, der berühmte amerikanische Kritiker, der auch Ungarisch, Russisch, Hebräisch lernte, der sich für die Kultur der Indianer einsetzte, beobachtete die neue kanadische Literatur beider Sprachen und hat ihr ein Buch gewidmet, «O Canada», Untertitel: «Eines Amerikaners Notizen über kanadische Kultur», das seit seinem Erscheinen 1964 etliche Auflagen hatte. Dass die französischen Verleger und Kritiker, die sich für diese Literatur eingesetzt haben, Edmund Wilsons Buch nicht be-

achtet, nie genannt haben, darf nicht wundern. Die Liebe der Franzosen zu Quebec ist wie jede Liebe eifersüchtig.

Edmund Wilson fand in Kanada mehr «Zivilisiertheit» im menschlichen Umgang als in den Vereinigten Staaten. Es trifft zu, dass im Staat der nicht ausdrücklich garantierten Menschenrechte die Grossstädte mehr Sicherheit und damit mehr Freiheit bieten als in den USA. «Mehr Musse, weniger Panik», so charakterisiert Wilson Toronto, verglichen mit US-amerikanischen Städten, näher einem älteren entspannteren Amerika. Mir hat sich dieser Eindruck bestätigt. Wilson hat den kanadischen Schriftsteller MacLennon gewürdigt, dessen Definition Kanadas als «Die zwei Einsamkeiten» noch lange gültig bleiben wird. Er vergleicht die neue kulturelle Intensität in Quebec mit einer Aufzeichnung von Henry James, der dort 1871 war und notierte: «Es muss eine Stadt des Klatsches sein, denn offensichtlich ist es nicht eine Stadt der Kultur. Ein Blick auf die wenigen Vitrinen der Buchhändler erweist es. Ein paar katholische Statuetten und Drucke, ein paar Rosenkränze, Tinte und Zündhölzer.»

Englisch-Kanadier

Das Thema der «zwei Einsamkeiten» ist geblieben. Was ist gemeint? Die französischen Kanadier, sowohl in Quebec wie in ihren teils grossen, teils sehr kleinen Minderheiten (zwischen 36 und 2 Prozent) in andern Provinzen, sind weder in Frankreich noch im englischen Amerika «behaust», sind allein. Wie aber steht es mit den Englisch-Kanadiern? Sie haben bei den Unabhängigkeitskämpfen der südlichen Kolonien nicht mitgemacht, übrigens haben damals auch die Kanadafranzosen französische Angebote der Hilfe gegen die englische Herrschaft abgelehnt. Viele «Loyalisten» flohen damals aus den Rebellenstaaten in den Norden. Heute fragen sie, was sie sind. Ihre Industrie besteht grossenteils zu mehr als zwei Dritteln aus Filialen von USA-Unternehmungen, in ihren Kiosken sieht man READERS DIGEST, TIME und ausser McCALL wenig kanadische Zeitschriften. US-Publikationen, Filme, Fernsehprogramme überwiegen zu mindestens 90 Prozent. Den Yankees geht es nicht ein, dass auf der anderen Seite dieser Reissbrett-Grenze Leute leben, die anders sein sollen, oder es glauben. Englisch-Kanadier aber wollen zunehmend kulturell und wirtschaftlich etwas anderes sein als Vorstadtyankees, und sie haben damit Mühe. Sie sind als Städter den USA viel näher als den eigenen Landsleuten auf Tausende Kilometer Entfernung. Toronto ist Buffalo, Vancouver Seattle, Montreal Chicago nahe. Das sind schon drei Viertel der kanadischen Bevölkerung – lauter Grenzländer!

Wie Ägypten aus Wüsten und dem kleinen fruchtbaren Streifen längs des Nils besteht, in dem sich alles Leben zusammendrängt, so ist Kanada zu fünf Prozent seines Gebietes bewohnbar. Seine zehn Millionen Quadratkilometer sind kein Teil seines Bewusstseins wie das für die Weiten der USA und sogar Brasilien gilt, sondern ihnen selber nicht fassbar.

In Toronto wohnten wir einige Tage beim deutschen Bildhauer Leo Österle. Der erzählte mir, er gehe

manchmal in Ferien in Gegenden, wo er, wenn er die Hütte verlasse, zehn Minuten später in einem Wald sei, den noch nie jemand betreten habe, und aus dem zurückzufinden er sein ganzes hochentwickeltes Orientierungsvermögen brauche.

Wie fühlen sich 21 Millionen in einem solchen Raum, gegenüber den zehnmal zahlreicheren US-Amerikanern? Kanadier – so nannte man einst eher abwertend die «Wilden», die Indianer, die Eskimos. Wenn Englisch-Kanadier sich definieren wollen, sagen sie jetzt: Wir sind doch ein Zwei-Völker-Land. Auf einmal gilt ihnen als positive Besonderheit, womit sie sonst im Alltag nichts anzufangen wissen, was sie aber, um gegenüber den USA ein Identitätsgefühl zu haben, nicht mehr entbehren können. Wenn Quebec abfällt, bleibt ihnen nicht viel Gegenwehr gegen die freundliche, aber radikale Absorbierung. England selber ist heute kein Zentrum, auf das sich ein Kanadier berufen oder gar stützen würde, obgleich die englische Tradition und Sprache erkennbar bleibt und Briten die Mehrzahl der Einwanderer stellen.

Der zweite Name, den ich nannte, ist *Naim Kattan* (vgl. seinen Beitrag «Kanadas Kampf um Einheit und Eigenart», Schweizer Monatshefte, April 1979). Dieser Schriftsteller hat in Montreal ein Haus, wo sich Schriftsteller, Journalisten, auch Politiker, treffen, und eine Wohnung in Ottawa, wo er in der Kulturpolitik eine Funktion hat. Bei Naim bestaune ich immer wieder die schöne arabische Ausgabe von Tausend und eine Nacht. Er wurde in Frankreich bekannt mit der Selbstbiographie seiner Kindheit und Jugend, betitelt «Adieu Babylone». Kattan ist ein Jude aus Bagdad, dessen erste Sprache Arabisch war. Er schreibt Romane, Erzählungen, Essays französisch, hat aber auch den kanadischen Romanciers englischer Sprache ein Buch gewidmet. In einer kosmopolitischen Stadt wie Montreal – Toronto mit seinem Chinatown, seinem Italienviertel, seinen Deutschen, seinen Juden und anderen, ist mehr ein Neben- als ein Miteinander, «Vertikales Mosaik» – ist diese Herkunft nicht aussergewöhnlich. Und doch wie bezeichnend, dass er es ist, der sowohl die englische wie die französische Literatur Kanadas überblickt. Niemand verdächtigt ihn einer Voreingenommenheit zugunsten der einen oder der anderen. Das ihm so entgegengebrachte Vertrauen hat mit seiner Kenntnis, aber auch mit seinem Aussenseitertum zu tun.

Wer mit Schriftstellern des Quebec spricht, merkt, dass für sie das eigentliche Quebec erst existiert, wenn es geschrieben wurde. Das ist die Erinnerung an die nicht weit zurückgelegene Zeit, da sich Quebec verachtet wusste als Inbegriff der Rückständigkeit, der geringeren Tüchtigkeit, als das Volk des Klerikalismus und der bäuerlichen Folklore.

Frankophilie – in Grenzen

Den Franzosen gegenüber, die sie so ernst nehmen, verlegen, feiern, einladen, haben die Quebec-Kanadier gemischte Gefühle. Wie die amerikanischen Massenmedien ist die französische Literatur selber gegenüber dem, was sich hier zu äussern beginnt, erdrückend, Abwehr wird als nötig

empfunden. Robert Barberis, ein militanter Schriftsteller und Journalist, meint, eine Literatur, deren unausgesprochenen Assoziationen und Landschaften man nicht im eigenen Leben finde, sei steril. «Bei den Fremden, die wir sind – sagt er – weckt diese Literatur eine tiefe Unbefriedigung. Wenn Appollinaire dichtet ‚Unter der Brücke Mirabeau fliesst die Seine', so ist Fluss und Brücke etwas anderes, als wenn es um den Lorenzstrom und die Jacques-Cartier-Brücke ginge.»

Falls der Quebeker sich zu sehr in französischer Literatur verliert, kommt ihm das selber Empfundene abhanden; so wird diese französische Literatur zu einem weiteren Mittel, um die Quebeker sich selber zu entfremden. Der Schriftsteller muss daher Widerstand leisten gegen das englische Kanada, gegen die USA und sogar gegen Frankreich, um sich selbst zu finden, zu formen. Die Schwierigkeit ist, dass diese Literatur Anerkennung in Frankreich braucht, den Dialog, nicht nur die Abkapselung. Sie stellt Traditionen dar, eben im Zeichen ihrer Erschütterung, ihres Vergehens und nicht ihres Beharrens, denn der Sprung vom altklerikalen zu einem avantgardistischen Quebec ist sehr zeitgerafft. Es genügt nicht das mundartliche «Joual» – nach der Aussprache von «Cheval», Pferd – zu verwenden, in das auch die englische Sprache hineinspielt.

Die Kultur Quebecs ist heute beachtlich, aber weltweit sind jene kanadischen Namen mit denen sich eine Vorstellung verbindet, so weit ich es sehen kann, solche des englischen Kanadas – eine Ausnahme ist der Beat-Dichter Kerouac, der aber englisch schrieb. Das reicht vom Schlagersänger Paul Anka zum Dichter-Sänger Leonard Cohen, vom verstorbenen Medienphilosophen Marshall Mc Luhan – dieser revolutionäre Denker war als strenger Katholik Gegner der Abtreibung – zur Romanautorin Margaret Atwood. Denkt man dazu an alle, die aus Kanada in die USA einwanderten – den Sowjetologen Brzezinski, den Ökonomen Galbraith, den Romancier Saul Bellow, um nur diese drei zu nennen –, so fällt auf, dass sie aus dem englischen Sprachbereich kommen oder sich an ihn assimiliert haben. Kein Kanadier hat versucht, in Frankreich etwas zu werden.

Quebec hat eine quirlige, sprühende Vitalität, eine Fülle von Begabungen, besonders des Theaters, des Kabaretts, des mündlichen Ausdrucks, Anfänge einer bemerkenswerten neuen Literatur. Bei der ist aber neuerdings nicht viel nachgekommen, vielleicht weil Intellektuelle sich im politischen Kampf um das unabhängige Quebec publizistisch so stark engagieren. Manche der anregendsten Zeitschriften waren in der Zeit zwischen meinen Besuchen eingegangen und nicht durch andere ersetzt worden.

«Zu viel Geographie»

Zurück zu Fragen, mit denen ich begann: Ist Kanada ein Bundesstaat? Gewiss, aber wohl der einzige mit einer kolonialen, nur mit Einverständnis des britischen Parlaments reformierbaren Verfassung – ein Zustand, der auf Wunsch Kanadas, vor allem seiner Einzelstaaten, aufrechterhalten wurde. Grossbritannien blieb imperial

wider Willen. Bis heute gibt es keine klare Lastenteilung, Kompetenzbestimmung zwischen Bundesstaat und Provinzen. Das zeigt sich im Anspruch Albertas auf sein Erdöl wie im Kampf Quebecs um die Verwendung der französischen Sprache bei der Flugkontrolle. Die englischsprechenden Piloten lehnen das ab. Englisch müsse auch in Quebec die einzige Verkehrssprache bleiben, um gefährliche Missverständnisse zu verhüten. Dabei wissen sie, dass in Paris und Mailand die jeweilige Landessprache plus Englisch verwendet wird. In Plakaten werben die Quebeker: «Französisch liegt in der Luft.»* Die Kleinlichkeit des sich über Jahre hinziehenden Streits ist typisch für Quebecs Schwierigkeit, kulturell eigenständig zu sein – denn dafür bleibt Sprache das wesentliche Symbol.

Pierre Trudeau ist in die Zweisprachigkeit geboren. Jenes Kanada, das er anstrebt, müsste ein paar tausend Trudeaus haben. Das klingt wie ein massvolles Mindestziel und ist doch Utopie. Die Liberale Partei, die Trudeau führt, und die in beiden Kammern die Mehrheit hat, gewann westlich von Winnipeg keinen einzigen Abgeordnetensitz. Was bedeutet Französisch für die Bürger von Britisch-Kolumbia?

Ein Historiker hat diese Definition Kanadas vorgeschlagen: «Zu wenig Geschichte und zuviel Geographie.» Wenn mit dem Ausblick auf «Heimführung» der Verfassung eine neue Ära beginnt, könnte dereinst mehr wirklich gemeinsame Geschichte erinnert werden. Dass die Anglokanadier nicht Yankees, die Quebeker nicht Überseefranzosen sein wollen, kittet Kanada – mindestens als Staatswesen – gibt ihm aber vorläufig noch keine eigentlichen voll ausgeprägten Konturen.

François Bondy

* Im Februar hat das Appellationsgericht den Streit zugunsten des Englischen entschieden.

VON DEN RÄTEN VORS VOLK: WIRKSAMERE ERFASSUNG DER GEWALTVERBRECHEN

Am 9. Oktober letzten Jahres, am Schlusstag ihrer Herbstsession, haben die eidgenössischen Räte mit deutlichen Mehrheiten – der Nationalrat hat sich mit 115 gegen 22 Stimmen, der Ständerat mit 31 gegen 4 Stimmen für die Vorlage ausgesprochen – eine Teilrevision des Strafgesetzbuches gutgeheissen, welche eine wirksamere Erfassung der sogenannten Gewaltverbrechen zum Ziele hat. Die Beratungen im Parlament haben unter dem Eindruck der alarmierenden Zunahme schwerer Verbrechen gestanden, die das Übergreifen der Untaten organisierter Banden aus dem Ausland, aber auch die Hemmungslosigkeit von Tätern aus der heimischen «Drogenszene» verraten, die vor keinem Mittel zurückschrecken, um sich ihren Stoff zu beschaffen. Auch Nachwirkungen der aufsehenerregen-

den Begleiterscheinungen der Jugendunruhen wurden erkannt. So hat unser Gesetzgeber schliesslich eine Gesetzesrevision verabschiedet, die in wesentlichen Punkten schärfer ausgefallen ist, als es die zurückhaltenderen Anträge des Bundesrates erwarten liessen.

Es sind namentlich drei vom Parlament neu eingefügte Strafbestimmungen als die Stimmung kennzeichnend hervorzuheben: Der neue Absatz 1bis von Artikel 145 des Strafgesetzes, der die gewöhnliche Sachbeschädigung als Antragsdelikt behandelt; mit dem neuen Zusatz werden aus Anlass einer öffentlichen Zusammenrottung begangene Sachbeschädigungen zum Offizialdelikt befördert. Diese Ergänzung wird als «Jugendunruhenartikel» charakterisiert. In engem Zusammenhang damit steht Absatz 2 neu von Artikel 259, der neben der heute schon strafbaren öffentlichen Aufforderung zu einem «Verbrechen» auch die Aufforderung zu blosser «Gewalttätigkeit» gegen Menschen und Sachen zur strafbaren Handlung erklärt. Und schliesslich ist der neue Artikel 260bis zu beachten, der als eigentlicher «Terrorartikel», mit dem bisher keinen Deliktsbestand erfüllende Vorbereitungshandlungen zu einem schweren Verbrechen ins Recht gefasst werden, eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus ermöglichen soll.

Opposition verlangt einen Volksentscheid

Schon im Parlament hat sich eine kleine, aber lautstarke Opposition, die auf der politischen Linken beheimatet ist, gegen diese Neuerungen stark gemacht. Sie behauptet, für die Bewahrung des liberalen Rechtsstaates zu kämpfen, fürchtet für das Demonstrationsrecht und achtet das Sich-Austoben-Können unruhiger Geister höher als die Sicherheit des verängstigten Bürgers.

Die Opposition hat ihre in den Berner Ratssälen angekündete Drohung wahrgemacht und das Referendum gegen die Vorlage ergriffen: Am 15. Januar haben drei getrennt marschierende Referendumskomitees, die insgesamt gegen 90 000 Unterschriften zu sammeln vermochten, fristgerecht die Durchführung einer Volksabstimmung verlangt. Der Bundesrat hat dafür bereits den 6. Juni 1982 vorgesehen. Es ist mit einem emotionsgeladenen Abstimmungskampf zu rechnen. Das lassen schon die Parolen erkennen, unter denen die Unterschriftensammlung durchgeführt worden ist.

Die militanteste gegnerische Gruppierung – ein Konglomerat von POCH, PdA, Demokratischem Manifest, AKW-Gegnern und Soldatenkomitees – ist als «Nationales Komitee gegen die Maulkorbgesetze» in den Kampf gezogen. Von diesem «Linksaussen-Komitee» ist der grösste Beitrag zum erfolgreichen Auftakt geleistet worden, hat es dazu doch 48 000 Unterschriften beigesteuert, welche die vorgeschriebene 50 000er Limite nur knapp verpassten. Deutlicher ist ihr im Alleingang gestarteter Versuch gescheitert, auch die gleichzeitig mit dem zivilen Strafgesetz an dieses angepassten neuen Bestimmungen des Militärstrafrechts der Volksabstimmung zu unterstellen; dafür sind nur 33 000 Unterschriften beigebracht worden. Es dürfte allerdings

im Falle eines Scheiterns der «Hauptvorlage» vor dem Urteil des Souveräns von zweitrangiger Bedeutung sein, ob die Militärstrafgesetzrevision unangefochten in Kraft gesetzt oder vorläufig in Reserve gehalten wird.

Das zweite Referendumskomitee, obwohl der «gemässigten Linken» zugerechnet und von den grossen Landesorganisationen der Sozialdemokraten sowie des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes getragen, hat eine nicht minder emotionale Devise auf seine Fahne geschrieben: es zieht «Gegen Gesinnungsschnüffelei und Überwachungsstaat» in den Kampf. Mit einem hochgespanntere Erwartungen enttäuschenden Resultat: von dieser Seite sind nur 37 000 Unterschriften zusammengebracht worden, was angesichts des bedeutenden Mitgliederpotentials doch eher als Anzeichen dafür zu werten sein dürfte, dass die besonnenere «Basis» einer scharfmacherischen Führungsmannschaft nicht ohne weiteres Gefolgschaft zu leisten gewillt ist.

Kläglich ist eine von Jungliberalen und der Jungen SVP lancierte, von einem «Überparteilichen Bürgerkomitee» unterstützte Unterschriftensammlung ausgefallen. Diese vorab mit rechtsstaatlichen Überlegungen fechtende bürgerliche Bewegung hat ganze 3000 Unterzeichner des Referendums hinter sich zu scharen vermocht. Immerhin: gesamthaft ist das erste Ziel erreicht worden – die Veranstaltung eines Volksverdikts ist gesichert, wobei man gut tut, sich trotz des mühsam zustande gekommenen Referendums nicht in falscher Sicherheit zu wiegen. Es gibt Beispiele, die dartun, dass der Bürger letztlich immer wieder mit Skepsis auf Versuche reagiert, die auch nur von ferne eine Einschränkung seiner Freiheitsrechte fürchten lassen könnten.

So ist 1903 eine von ihren Gegnern schon einmal als «Maulkrattengesetz» disqualifizierte Änderung des Bundesstrafrechts, welche die Anstiftung Militärpflichtiger zu Verbrechen zum Gegenstand hatte, in der Volksabstimmung wuchtig verworfen worden. Das gleiche Schicksal war, allerdings eher nur mit einem Zufallsmehr, dem aufgrund der Genfer Unruhen von 1932 geschaffenen «Ordnungsgesetz» am 11. März 1934 beschieden, was den damaligen Justizminister, Bundesrat Heinrich Häberlin, veranlasste, enttäuscht seinen Rücktritt zu nehmen. Und vor allem sind die Erinnerungen an die schon in den Konkordatskantonen gescheiterte Lösung mit einer Interkantonalen Mobilen Polizei von 1969/70 und an die BUSIPO-Vorlage, die in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 3. Dezember 1978 mit 733 000 gegen 920 000 Stimmen unterlegen ist, aufzufrischen.

Alarm im Bundeshaus

Als ein bedauerlicher Zwischenfall bei der Bewachung der für die französisch-algerischen Waffenstillstandsverhandlungen vom März 1962 in Evian auf schweizerischem Boden einlogierten Delegation der provisorischen algerischen Regierung – ein Angehöriger der aufgebotenen Truppeneinheit hatte beim Signal de Bougy aus Versehen einen waadtländischen Polizisten erschossen – die Fragwürdigkeit militärischer Einsätze für Sicherheitsaufgaben im Innern offen-

kundig hatte werden lassen, wurde im Bundeshaus die Alarmglocke gezogen. Eine Motion Borel (freisinnig, Genf) vom 13. März forderte in den gerade tagenden Räten die Schaffung einer kleinen Bundespolizeitruppe, die sich für die besonderen Dienstleistungen eignen würde, wie sie die wachsende Zahl der in unserem Land stattfindenden internationalen Konferenzen angesichts der zunehmenden Bedrohung solcher Veranstaltungen nahelege.

Das Anliegen ist sogleich ernstlicher Prüfung unterzogen worden. Sondierungen bei den Polizeidirektionen der Kantone ergaben bald, dass die vorgeschlagene Lösung auf föderalistische Empfindlichkeiten stiess. Den vorgebrachten Einwänden Rechnung tragend, wurde deshalb ein anderer Weg eingeschlagen, der den Kantonen den Vortritt liess und von diesen auf dem Konkordatsweg verwirklicht werden sollte. Mit nur finanzieller Beteiligung des Bundes sollte aus kantonalen Kontingenten eine Spezialtruppe, die «Interkantonale Mobile Polizei», bekannter unter dem Kürzel IMP, gebildet werden, die Bund und Kantonen von Fall zu Fall zur Verfügung gestellt werden könnte. Mit dem Beschluss der Bundesversammlung vom 4. Juni 1969, der die Bundeshilfe absegnete, schien alles auf besten Wegen. Doch einzelne Kantonsregierungen bockten, und vor allem kristallisierte sich der Widerstand deutlicher, als die Kantonsvölker zwecks Abstimmung über den Konkordatsbeitritt an die Urne gerufen wurden. Als selbst der Genfer Souverän, von dem man besonderes Interesse an der Neuerung erwartet hatte, weil Genf als bevorzugter Konferenzort mit Sicherheitsproblemen in erster Linie konfrontiert war, in seiner Abstimmung vom 6. Dezember 1970 den Beitritt verweigerte, wurde das Projekt begraben.

Der Ablauf der Ereignisse war leider nicht so, dass man sich damit einfach hätte zufrieden geben können. Der Botschaft des Bundesrates vom 20. Juni 1977 zu einem Bundesgesetz über die Erfüllung sicherheitspolizeilicher Aufgaben des Bundes, mit dem, ermuntert durch Mitte der siebziger Jahre deponierte Postulate aus dem Parlament, der zweite seriöse Anlauf zur Lösung des Problems eingeleitet wurde, ist folgende Situationsschilderung zu entnehmen:

«Eine hochtechnisierte und hochspezialisierte Gesellschaft wie die unsrige ist auch hochgradig verwundbar. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine der ersten Aufgaben des Staates. Erfüllt er sie nicht oder nicht mehr, so gibt er sich selber auf und damit auch jede Sicherheit für seine Bürger.

Auch unser Staat weiss um seine innere Gefährdung. Auch unser Staat weiss, dass er keinen absoluten Schutz vor Gewalt und Terror zu bieten vermag. Er verspricht denn auch keine unbeschränkte Sicherheit, weil er den Preis der Freiheit kennt und die Grundrechte nicht opfern will. Rechtsstaat und umfassende Polizeigewalt schliessen sich gegenseitig aus. Die Idee der Freiheit ist nicht allein in der politischen Freiheit verwirklicht. Sie wird aber in Frage gestellt, wenn die Menschen unter ständiger Verbrechensdrohung leben müssen. Auch das normale Funktionieren der Behörden wird beeinträchtigt, wenn ihre Entscheide, sei es mit oder ohne Gewalt, herausgefordert oder gar er-

presst werden oder wenn, wie dies auch in der Schweiz geschehen ist, auf Regierungsmitglieder Anschläge verübt werden. Die Behörden können sich deshalb der Pflicht nicht entziehen, Massnahmen zur Sicherstellung der persönlichen Freiheit und zur Aufrechterhaltung der rechtsstaatlichen Ordnung und öffentlichen Sicherheit zu ergreifen und angesichts deren Bedrohung die Schlagkraft der Polizei zu erhöhen.»

Der mit dieser Motivierung begründeten neuen Sicherheitsvorlage, die unter dem Kennwort «BUSIPO» (Bundessicherheitspolizei) in die Geschichte eingegangen ist, lag die Idee einer Sicherheitspolizei in der Hand des Bundesrates zugrunde, die nach dem Baukastensystem aus kantonalen Beständen zusammengesetzt und ausschliesslich für Bundesaufgaben eingesetzt werden sollte. Diese Bestände wären vom Bund einheitlich ausgebildet und ausgerüstet worden. Wenn nicht im Einsatz, hätten sie ihren ordentlichen Dienst im Stammkanton geleistet. Die Lösung versuchte insbesondere, dem Einwand zu begegnen, der die IMP zu Fall gebracht hatte, nämlich der Angst vor einer «Prätorianergarde», die auf ihren Einsatz wartet. Vergebens: der Souverän hat anders entschieden.

Nun andersherum: die Strafgesetzrevision

Wenn auch die vergeblichen Ansätze zu einer gesamtschweizerischen Lösung auf Ebene der Polizei abgeschrieben werden müssen, sind diese doch nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Allenthalben sind Ausbildung und Ausrüstung der kantonalen Polizeikorps verbessert worden. Es ist zwischen einzelnen Kantonen auch eine bessere Zusammenarbeit zustande gekommen. Hervorzuheben ist der Zusammenschluss der sieben ostschweizerischen Kantone vom 21. Januar 1976, der über den Abstimmungsmisserfolg vom 3. Dezember 1978 hinaus standgehalten hat. Aber man musste erkennen, dass mit allen Verbesserungen im Polizeiapparat, der für die Verbrechensverfolgung unerlässlich bleibt, allein nicht mehr auszukommen ist. Deshalb haben sich die jüngsten Anstrengungen auf eine Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen für die bessere Erfassung der neuen Straftatbestände gerichtet.

Auch in dieser Richtung sind früh schon Begehren aus dem Parlament angemeldet worden. So hat ein Postulat Grendelmeier (Zürich, Landesring) bereits im Dezember 1959 mit dem Hinweis auf die Zunahme von «Schwerverbrechen, bei welchen Schusswaffen und dergleichen gefährliche Instrumente verwendet werden», den Bundesrat um Prüfung der Frage ersucht, ob nicht unverzüglich eine Teilrevision der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Handlungen gegen Leib und Leben sowie gegen das Vermögen eingeleitet werden sollte; um die abschreckende Wirkung zu erhöhen, sollten nach Auffassung des Postulanten für solche Taten Zuchthausstrafen nicht unter zehn Jahren ausgesprochen werden. Spätere Motionen doppelten zu Beginn der siebziger Jahre nach, wobei mit diesen Vorstössen insbesondere die «modernen» Erscheinungsformen des Verbrechens (Erpressung, Geiselnahme und politisch motivierte Entführun-

gen) anvisiert wurden. Die aufgrund der geltenden Strafbestimmungen ausgefällten Strafen hätten sich als unzureichend erwiesen. – Ein ganz neuer Weg wurde mit einer von der Nationalratskommission für die Vorberatung einer Anpassung des Luftfahrtsgesetzes eingereichten Motion gewiesen: sie hat den Bundesrat eingeladen, bei der angekündeten Revision des Strafgesetzbuches die Strafbarkeit dort, wo die schwere Bedrohung solches nahelegt, auch auf blosse Vorbereitungshandlungen auszuweiten, weil nur so noch eine wirksame Verbrechensbekämpfung zu erwarten sei.

Der Bundesrat zögert . . .

Der Bundesrat hat sich den zutage getretenen Besorgnissen nicht verschlossen, aber er hat, offensichtlich gehemmt durch frühere Misserfolge mit «scharfen Gesetzen», zunächst zur Erfüllung radikalerer Postulate nicht Hand geboten. Wohl hat er im Verlauf des letzten Jahrzehnts dem Parlament eine ganze Reihe von internationalen Übereinkommen zur Ratifikation vorgelegt, die eine abgestimmte zwischenstaatliche Verbrechensbekämpfung betreiben. So sind Abkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Zivilluftfahrt, die eben die Revision des schweizerischen Luftfahrtgesetzes nach sich zogen, Verpflichtungen zur gegenseitigen Auslieferung von Terroristen oder zu deren Aburteilung für auf eigenem Hoheitsgebiet begangene Verbrechen und eine Generalrevision unseres Auslieferungsrechts gutgeheissen worden. Eine Revision des Sprengstoffgesetzes, die den Verkehr mit Sprengstoffen einer strengeren Kontrolle unterstellt, wurde unter Dach gebracht und die Schaffung eines die Lücken der kantonalen Konkordate über den Waffenhandel schliessenden eidgenössischen Waffengesetzes in Gang gebracht.

Im Sinne der parlamentarischen Vorstösse ist auch die Strafgesetzrevision beschleunigt worden: Das zuständige Departement hat im Sommer 1977 der bereits früher mit der etappenweisen Überarbeitung der strafbaren Handlungen betrauten Expertenkommission Schultz den Auftrag erteilt, die Überprüfung der gesetzlichen Tatbestände der Gewaltverbrechen «vorzuziehen». Der Bundesrat konnte sich jedoch nach Vorlage deren Berichts nicht entschliessen, den Experten in den entscheidenden Punkten zuzustimmen.

So enthielt die dem Parlament unterbreitete Revisionsvorlage vom 10. Dezember 1979 zwar Anträge, die Bestimmungen über den qualifizierten Diebstahl durch den neuen Qualifikationsgrund des Mitführens einer Schusswaffe zu ergänzen und die Mindeststrafe von drei auf sechs Monate zu erhöhen. Analog wurde beim qualifizierten Raub vorgegangen, wo die Mindeststrafe auf zwei Jahre Zuchthaus und in besonders schweren Fällen – Provozierung einer Lebensgefahr, grausame Behandlung – auf 5 Jahre erhöht wurde. Auch bei den Delikten gegen die Freiheit wurde die heute lediglich auf Gefängnis lautende Strafandrohung unter Einbezug der neuen Tatbestände der Entführung und Geiselnahme durch eine Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ergänzt. Hingegen hat der Bundesrat gezögert, weitergehende Expertenanträge in seine Vorlage aufzunehmen.

. . . das Parlament hat weniger Hemmungen

Anders das Parlament. Es hat, wie eingangs erwähnt, dem Gesetz «die Zähne eingesetzt», die es zu einem tauglichen Instrument für die Bekämpfung von Gewaltverbrechen jeglicher Abart machen sollen. Es seien damit die drei wichtigsten Neuerungen näher vorgestellt.

Der in Artikel 145 neu eingefügte Absatz basiert auf der Erfahrung, dass den im Gefolge der ausufernden Jugenddemonstrationen und Krawalle verübten Sachbeschädigungen nicht beizukommen ist, wenn diese Delikte nur auf Antrag verfolgt werden können. Der Geschädigte muss heute mangels Kenntnis des Täters in der Regel «gegen Unbekannt» klagen. Bei Nichteruierung des Täters riskiert er Abweisung seiner Klage unter Kostenfolge. Er kommt auch öfters mit seiner Klage zu spät, um eine wirksame Strafverfolgung einleiten zu lassen. Nicht zuletzt scheut mancher Bürger vor der Klageerhebung zurück, weil er Repressalien befürchtet. Deshalb der Zusatz zur beibehaltenen Grundregel, wonach, wer eine fremde Sache beschädigt, zerstört oder unbrauchbar macht, auf Antrag mit Gefängnis oder Busse bestraft wird: «Hat der Täter die Sachbeschädigung aus Anlass einer öffentlichen Zusammenrottung begangen, so wird er *von Amtes wegen* verfolgt.»

Ebenfalls nicht anders als eine, wie in den Parlamentsverhandlungen gesagt wurde, «sinnvolle Anpassung an bittere Erfahrungen» stellt die Ergänzung von Artikel 259 dar. Heute bestimmt dieser Artikel unter der Marginale «Öffentliche Aufforderung zu Verbrechen», dass, wer öffentlich zu einem Verbrechen auffordert, mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Gefängnis bestraft wird. Es ist also nur die Aufforderung zu einer Tat strafbar, die selber mit Zuchthaus bestraft wird. Die Einfügung eines neuen zweiten Absatzes, der auch in der erweiterten Marginale seinen Niederschlag findet, geht nun dahin, dass inskünftig auch die Aufforderung zu einem blossen Vergehen – zu einer Tat, die nach Strafgesetzbuch höchstens mit Gefängnis bestraft wird – ebenfalls strafbar erklärt wird: «Wer öffentlich zu einem Vergehen mit Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen auffordert, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.» Es sollen damit die berüchtigten «Schreibtischtäter», die bei solchen Unruhen die Fäden ziehen, nicht länger straflos ausgehen, auch wenn die Folgen ihrer Agitation «nur» in Sachbeschädigungen oder Verkehrsbehinderungen bestehen.

Endlich die dritte wesentliche Neuerung, die Einfügung des neuen Artikels 260bis, der seinen Platz gleich nach dem den Landfriedensbruch ahndenden Artikel 260 findet, die strafbare Vorbereitungshandlung: «Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis wird bestraft, wer planmässig konkrete technische oder organisatorische Vorkehrungen trifft, deren Art und Umfang zeigen, dass er sich anschickt, eine der folgenden strafbaren Handlungen auszuführen: Vorsätzliche Tötung, Mord, schwere Körperverletzung, Raub, Freiheitsberaubung und Entführung, Geiselnahme, Brandstiftung.» – Strafbar wird ausdrücklich auch die Vorbereitungshandlung im Ausland zu einer in der Schweiz geplanten Tat erklärt,

wogegen dem Täter, der aus eigenem Antrieb die Vorbereitungshandlung nicht zu Ende führt, straflos bleiben soll. – Die Begründung dieses sogenannten Terrorartikels, der das Eingreifen der Polizei schon im «Vorbereitungsstadium» ermöglichen soll, das bisher im Unterschied zum «vollendeten Versuch» strafrechtlich nicht erfassbar war, ist, dass damit ein entscheidender Beitrag zur Verbrechensverhütung geleistet werden könnte.

Einwände und ihre Widerlegung

Schon im Parlament ist gegen diese Bestimmungen von den Vertretern der gleichen Kreise, die nun das Referendum ergriffen haben, Sturm gelaufen worden. So war gerade gegenüber der zuletzt erwähnten Neuerung der Einwand zu hören, dass damit der «Spiontiererei und Gesinnungsschnüffelei» Vorschub geleistet werde. Besonders lebhaft protestierte der Zürcher Sozialdemokrat Hansjörg Braunschweig: Er und seine Genossen vermöchten überhaupt nicht an eine verbrechensverhindernde Wirkung des Strafrechts zu glauben.

Ihm wurde entgegnet, dass diese Vorlage gewiss weder den Staatsbürger noch den Juristen erfreue. Doch lebten wir nun einmal im Zeitalter des Terrorismus. So seien eben zum Schutze des Menschen, seines Lebens, seiner Freiheit, seines Eigentums auch die nötigen strafrechtlichen Vorkehren zu treffen. Diejenigen, die jetzt pathetisch von Polizeistaat und von Gesinnungsschnüffelei reden, hätten die Liberalität des Staates keineswegs für sich gepachtet.

Zu den beiden andern Straftatbeständen, die darauf angelegt sind, das Überborden an sich zulässiger, von keiner Seite bestrittener Demonstrationen in die Schranken zu weisen – auf seiten der Opposition führte das zur Verdächtigung, dass das Demonstrationsrecht in unzulässiger Weise beschnitten werden solle –, ist folgende Kontroverse aus den Ratsdebatten aufzufrischen: Die Gegner fochten auch hier mit dem Argument, dass der Unruhe mit keiner Straferschwerung beizukommen sei und es besser wäre, gegen die Ursachen der Beunruhigung – Umweltzerstörung, Häuserspekulation, Arbeitslosigkeit – vorzugehen. Bundesrat Furgler, der namens des «bekehrten Bundesrates» im Verlauf der Auseinandersetzungen sich mit Entschiedenheit zu den vorgenommenen Gesetzesergänzungen bekannte, stellte die entscheidende Frage, wie anders der Geschädigte zu seinem Recht kommen soll. «Auch der Geschädigte ist ein schutzwürdiger Einwohner unseres Staates, nicht nur der Schädiger. Wie kann man diesen Menschen helfen?» Und die Antwort: «Ich war schon überrascht, den Vorwurf zu hören, wir hätten gewisse Ursachen von Schwierigkeiten im soziologischen Bereich übersehen. Ich darf alle jene, die um diesen Artikel ringen, beruhigen: das übersieht weder der Bundesrat noch das Parlament. Aber es wird uns nie davon entbinden, jenen zu helfen, die im Zusammenhang mit solchen Zusammenrottungen geschädigt werden. Wenn ich an die vielen Hunderte von Geschädigten denke, dann glaube ich, dass es hier nicht um eine Freiheitsbeschränkung geht, sondern um die Wahrung der freiheitlichen Ordnung!»

Tatsächlich, hier liegt der entschei-

dende Punkt, von dem aus schiefe Vergleiche mit aktuellen Vorgängen unter diktatorischem Regime zurückgewiesen werden müssen: Die Abwehr unserer Behörden gegen Regungen der Unruhe ist nicht auf die Unterdrückung der Freiheit gerichtet. Die bleibt uneingeschränkt gewährleistet. Die verschärften Gesetzesbestimmungen wenden sich nur gegen Gewaltanwendung, welche Rechte anderer Bürger verletzt. Wenn unser Staat gezwungen wird, Machtmittel anzuwenden, ist er nicht Angreifer und steht nicht blinde Gewalt gegen blinde Gewalt. Unser Staat verteidigt mit dem Gesetz Autorität und Würde des Rechts in seiner umfassenden Bedeutung als Friedensordnung, also letztlich den Frieden, den wir alle erstreben.

Arnold Fisch

AKAD
Akademikergemeinschaft für Erwachsenenfortbildung AG
Jungholzstr. 43, 8050 Zürich
Tel. 302 76 66 (bis 20 Uhr)

Studienbeginn jederzeit, unabhängig von Berufsarbeit und Wohnort.

Maturitätsschule ● Höhere Wirtschaftsfachschule ● Handelsschule ● Sprachdiplomschule ● Sprachschule ● Bildungsseminar für die Frau ● Weiterbildungskurse

Verlangen Sie unverbindlich das ausführliche Unterrichtsprogramm